



Kinder und Jugendrechte in den Landtagswahlen in Hessen 2023

Zum Thema Klimaschutz:

Frage 11:

Klimaschutz ist Kinderschutz! Die Hessische Landesregierung hat bereits im März 2017 den Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025 beschlossen, mit dem bis 2025 40 Prozent der CO₂-Emissionen eingespart werden sollen. Bis 2050 sollen mindestens 90 Prozent Einsparungen und damit Klimaneutralität erreicht werden. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor möglichen Naturkatastrophen in Hessen unter Berücksichtigung der Vulnerabilität junger Menschen?

Antwort CDU:

Die Bewältigung des Klimawandels sehen wir als Verantwortung, Aufgabe und Chance zugleich. Die CDU Hessen bekennt sich zu den beschlossenen Zielen zur Reduzierung von Klimagasemissionen, die wir einhalten werden. Wir wollen Hessen bis 2045 klimaneutral machen. Die vereinbarten Zwischenschritte werden wir im Rahmen der europäischen, bundesweiten und hessischen Vorgaben erfüllen.

Unsere Ziele leiten sich dabei ab von den Zielen und Verabredungen der EU und des Bundes. Es bringt nichts für das Klima, wenn Hessen allein strengere Ziele als der Bund verfolgen würde. Mehr Einsparungen in Hessen könnten dann einfach durch mehr CO₂-Ausstoß in anderen Ländern kompensiert werden.

Wir unterstützen daher die auf europäischer Ebene beschlossenen Schritte zur Einführung des „ETS2“ als wichtigen marktwirtschaftlichen Ansatz für effizienten Klimaschutz. Unser langfristiges Ziel ist ein einheitlicher und sektorübergreifender Zertifikatehandel, der einen einheitlichen CO₂-Preis in ganz Europa schafft und so dafür sorgt, dass sich die günstigste CO₂- Vermeidungstechnik durchsetzt. Damit wird Europa bis möglichst 2045 die erste klimaneutrale Region der Welt.



Klimaschutz wird dabei nicht durch Verzicht gelingen, sondern muss mit wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit in Einklang stehen. Wir wollen diese Zukunftsherausforderung gemeinsam mit Handwerk, Industrie, Forschung und Privathaushalten offensiv gestalten, um Innovationstreiber für neue Technologien zu werden. Jetzt ist die Stunde der Ingenieure, Wissenschaftler und Tüftler.

Auf Landesebene setzen wir auf Information, Vernetzung, Förderung und Anreize, um den Treibhausgasausstoß zu reduzieren. Damit wollen wir die best-practice-Beispiele zum Standard machen und Räume schaffen, in denen Innovation und Fortschritt für Klimaschutz umgesetzt werden. Wir haben mit dem Klimagesetz und dem Integrierten Klimaschutzplan 2030 die wesentlichen Rahmenbedingungen gesetzt. Im ersten Integrierten Klimaschutzplan (ISKP) 2025 haben wir rund 170 konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz umgesetzt. Im Nachfolge-Plan IKSP 2030 haben wir nun weitere 90 Maßnahmen eingeleitet. Im Doppelhaushalt 23/24 investiert Hessen 1,8 Milliarden Euro in Projekte zum Klimaschutz. In der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2026 sind insgesamt 4,5 Milliarden Euro dafür vorgesehen. Die vereinbarten Maßnahmen werden wir priorisieren und entsprechend umsetzen und somit einen wichtigen Beitrag leisten, um Klimaschutz und Klimaanpassung in Hessen voranzubringen.

Zudem ist die Anpassung an die nicht mehr vermeidbare Erderwärmung ist eine der CO₂-Vermeidung gleichgestellte Aufgabe in Verantwortung gegenüber der jüngeren Generation. Wir bereiten Hessen auf eine wärmere Welt vor, beugen Risiken aktiv und präventiv vor und wollen Chancen nutzen. Basierend auf umfassenden Gefahrenanalysen setzen wir die begonnenen Anpassungsstrategien für Infrastruktur und Gesundheit fort und intensivieren die Maßnahmen.

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt“, dieser Satz besitzt nach wie vor Gültigkeit. Unser Handeln richtet sich daher nicht nur auf die Gegenwart aus, sondern auf eine gute Zukunft für unsere Kinder und die nachfolgenden Generationen. Dies gilt insbesondere beim Klimaschutz. Unsere Klimaziele haben wir nochmal aktualisiert und im ersten hessischen Klimagesetz festgeschrieben, welches dieses Jahr in Kraft getreten ist. Danach soll Hessen 2045 klimaneutral sein. Um diese Ziele zu erreichen, haben wir einen neuen Klimaplan aufgesetzt, der 90 verschiedene Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung umfasst. Klimaschutz steht daher auch im Zentrum des Doppelhaushalts 2023/24, für den Klimaplan stehen im Haushalt rund 370 Mio. Euro zur Verfügung, für alle Klimaschutzausgaben insgesamt rund 1,8 Mrd. Euro. Über das Bündnis der Klimakommunen, dem inzwischen 375 Kommunen angehören, unterstützen wir auch die Kommunen mit einer 90-Prozent Förderung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen und Beratungsangeboten. Dennoch erfordert die Klimakrise mehr und schärfere Maßnahmen und auch mehr Geschwindigkeit bei ihrer Umsetzung. Wir GRÜNEN wollen daher, dass Hessen spätestens 2035



klimateutral ist. Zukünftig wollen wir daher unsere bisherigen Maßnahmen verstärken und ein Sofortprogramm Klimaschutz und Energiewende für alle relevanten Sektoren auf den Weg bringen. Einen Schwerpunkt wollen wir auch auf die Transformation der Wirtschaft legen. Um unsere Wirtschaft auf ihrem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen, wollen wir einen 6 Milliarden Euro Klima- und Transformationsfonds auflegen. Es ist uns auch wichtig bei der Transformation alle Menschen mitzunehmen, weshalb wir Klimaschutz mit sozialen Maßnahmen flankieren. Ein Beispiel dafür ist das Hessenticket, welches wir sukzessive zum Bürger*innenticket gewandelt haben und jetzt mit dem Hessenpass mobil auch ein Sozialticket für Hessen geschaffen haben. So können aus Klimaschutzmaßnahmen Chancen für alle entstehen.

Trotz der Maßnahmen im Bereich Klimaschutz wird sich unsere Heimat dramatisch verändern und wir werden uns den neuen Bedingungen anpassen müssen. Wir wollen Hessen in allen relevanten Bereichen krisenresilient gestalten und dafür Förderprogramme und Leitlinien auch für die kommunalen Bereiche entwickeln. Einen besonderen Fokus legen wir auf den natürlichen Klimaschutz mit einem eigenen Aktionsprogramm. Dabei kommt dem Schutz und der Wiederherstellung von Mooren, dem Aufbau naturnaher und damit klimastabiler und artenreicher Wälder und dem Humusaufbau auf landwirtschaftlich genutzten Böden eine besondere Bedeutung zu. Mit der Renaturierung der hessischen Auenlandschaften sowie der Wasserrückhaltung in der Landschaft und in Siedlungsgebieten mit dem Prinzip der Schwammstadt fördern wir die Grundwasserneubildung und schaffen einen natürlichen Hochwasserschutz bei den zunehmenden Starkregenereignissen. Am Instrument der Starkregengefahrenkarte wollen wir ansetzen und Notfallsysteme und überregionale Netzwerke zum schnellen Eingreifen fördern.

Antwort SPD:

Der Schutz der Menschen vor den großen Veränderungen des Klimas ist eine der zentralen Aufgaben der Politik der nächsten Jahrzehnte. Dazu sind Veränderungen in vielen Lebensbereichen nötig. Diese wollen wir so gestalten, dass unser Wohlstandsniveau erhalten und gleichzeitig die soziale Ungleichheit reduziert wird. Diese Aufgabe betrifft alle Ebenen und alle Politikbereiche. Wir wollen, dass das Land Hessen seinen eigenen Beitrag leistet, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Hessen soll als eines der ersten Bundesländer klimaneutral werden. Dafür tragen alle Ressorts Verantwortung.

Neben Guter Arbeit werden Nachhaltigkeit und Klimaschutz zentraler Maßstab für Landespolitik. Jedes Gesetz, jede größere Haushaltsposition wird im Vorfeld auf die Klimawirkungen geprüft. Dabei werden alle Klimawirkungen mit einem CO₂ Schattenpreis in der Höhe der CO₂-Schadenskosten versehen. Vorschläge,



die nicht klimaneutral umsetzbar sind, bedürfen einer besonderen Begründung. Ebenfalls auf Klimawirkung geprüft werden Verordnungen und der Landesentwicklungsplan.

Bestehende Regelungen und Subventionstatbestände werden bis 2025 ebenfalls geprüft und gegebenenfalls geändert. Dazu werden wir das gerade beschlossene Klimaschutzgesetz verbessern.

Wir werden bis zum Jahr 2030 die Landesverwaltung klimaneutral organisieren. Kompensationsmaßnahmen sind auf unabwendbare Ausnahmen zu beschränken. Das gilt auch bei allen unter der Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften und Unternehmen. Alle Fahrzeuge im Landesbesitz sind spätestens 2030 mit klimaneutralen Antrieben versehen. Die IT des Landes wird so klimaneutral wie möglich betrieben.

Für das Land Hessen wird ein integrierter Klimaschutzplan erstellt. Hier werden die Klimaziele festgehalten und die notwendigen Maßnahmen zusammengefasst. Diese decken dabei alle relevanten Handlungsfelder ab. Sektorkopplung wird genutzt, um die Ziele schneller und effizienter zu erreichen. Der Klimaschutzplan wird darauf ausgelegt, die Entwicklung hin zur Klimaneutralität deutlich zu beschleunigen. Er enthält insbesondere konkrete Minderungsziele für die Bereiche Energie, Gewerbe, Verkehr, Wärme, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft. Die Folgen aller Maßnahmen auf Beschäftigung und Einkommen werden regelmäßig auf der Ebene von Regionen und Branchen analysiert, um negativen Effekten entgegenzuwirken.

In einem Klimabericht alle zwei Jahre legt die Landesregierung Rechenschaft ab, inwieweit die Klimaziele erreicht wurden. Fehlentwicklungen wird durch neue Maßnahmen begegnet.

Wir berücksichtigen auch die bereits absehbaren Auswirkungen des Klimawandels auf Hessen, für die Bevölkerung und ihren Gesundheitsschutz, auf Land- und Forstwirtschaft, Boden, Natur und Biodiversität sowie Wasser und Infrastruktur. Mit geeigneten Maßnahmen werden wir den negativen Folgen des Klimawandels möglichst begegnen sowie notwendige Anpassungen vorgenommen.

Antwort FDP:

Die Fragen 11 und 12 werden gemeinsam beantwortet:

Zunächst ist festzuhalten, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Auswirkungen des Klimawandels und der Luftverschmutzung in Hessen von großer Bedeutung ist. Diese beiden Herausforderungen sind eng miteinander verbunden und erfordern eine umfassende politische Strategie.

In Bezug auf den Schutz vor Naturkatastrophen im Zusammenhang mit dem Klimawandel planen wir:

- Die Erarbeitung eines ganzheitlichen Katastrophenschutzkonzepts, das die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt. Hierbei liegt ein Schwerpunkt auf der Schaffung sicherer Rückzugsorte in Schulen und Gemeinden sowie auf der Schulung von Lehrkräften und Betreuungspersonal, um in Krisensituationen adäquat handeln zu können. •
- Die Förderung von Bildungsprogrammen und Aufklärungsmaßnahmen, um junge Menschen über den Klimawandel und seine potenziellen Auswirkungen zu informieren. Dies umfasst auch die Vermittlung von Fähigkeiten zur Bewältigung von Stress und Angst im Kontext des Klimawandels.

Im Hinblick auf die Luftverschmutzung und deren Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen setzen wir auf folgende politische Maßnahmen:

- Die verstärkte Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, um den Individualverkehr zu reduzieren und die Luftqualität zu verbessern. Hierzu gehört der Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen sowie die Schaffung sicherer Radwege, um junge Menschen zur umweltfreundlichen Mobilität zu ermutigen.
- Die Einführung von Umweltzonen und die Unterstützung von emissionsarmen Fahrzeugen, um die Luftverschmutzung in städtischen Gebieten, insbesondere in der Nähe von Schulen und Kindertagesstätten, zu reduzieren.
- Die Förderung von Grünflächen und urbanen Gärten, um die Luftqualität zu verbessern und jungen Menschen gesunde Umgebungen für ihre Freizeitgestaltung zu bieten.



Antwort DIE LINKE:

Die Hessischen Nachhaltigkeitsziele genügen nicht und müssen zur Bewältigung der Klimakrise weiterentwickelt und als Querschnittsaufgabe verbindlich umgesetzt werden. Für den Kinderschutz bedarf es einer politischen Kraftanstrengung:

- Abbau der Bürokratie, konkret der langen Genehmigungsverfahren für den Aufbau alternativer Energien, die in Hessen bis 38 Monate in Anspruch nehmen können,
- Als kurzfristige Maßnahmen sollen Schwimmbäder erhalten werden und Freibäder kostenlos für Kinder sein,
- Entsiegelung und Begrünung sind Maßnahmen, die schnell umgesetzt werden können. Hierzu sind staatliche Fördermaßnahmen der Kommunen und durch eine Steuerreform erforderlich. Die Stadt Wien ist ein gutes Beispiel dafür.

Frage 12:

Luftverschmutzung ist für die Gesundheit von Kindern sehr schädlich. Welche Maßnahmen im Umwelt- und Verkehrsbereich konkret haben Sie im Rahmen der behördlichen Zuständigkeiten in Hessen vorgesehen?

Antwort CDU:

Wir arbeiten stetig an einer Verbesserung der Luftqualität. Es ist ein großer Erfolg, dass sich die Luftqualität innerhalb der letzten Jahrzehnte nachweislich stetig verbessert hat und in Hessen einen hohen Standard erreicht hat. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir setzen dabei auf technischen Fortschritt und Anreize statt auf immer neue Verbote



Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Belastung der Luft mit Schadstoffen bedroht unsere Gesundheit und unsere Lebensgrundlage. Um eine gute Luftqualität, also eine möglichst geringe Konzentration an Luftschadstoffen zu erreichen, haben wir Luftreinhaltepläne erstellt, die in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen ausgearbeitet werden. Die Luftreinhaltepläne sind in weit überwiegendem Maße auf eine umweltgerechtere Verkehrsabwicklung ausgerichtet. Dass die Luftreinhaltepläne wirkungsvoll sind, zeigen entsprechende Messungen. 2022 konnten zum zweiten Mal in Folge in Hessen an allen Messstationen die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte eingehalten werden. Im Rahmen von Genehmigungen und Überwachung der Gewerbe- und Industrieanlagen sorgen die Landesbehörden dafür, dass eine gute Luftqualität erhalten bleibt.

Unser Ziel ist es, diesen Weg weiterzugehen und mit der Verkehrswende für eine klima- und umweltfreundliche Mobilität für alle Menschen zu sorgen, denn der Verkehrssektor trägt wesentlich zu den Treibhausgasen und zur Luftverunreinigung, insbesondere in Städten bei. Im Zentrum steht daher die Ausweitung und Verbesserung der Angebote des Umweltverbundes (Busse, Bahnen, Fahrrad- und Fußwege, sowie Sharing-Dienste) und zugleich die Wende hin zu sauberen und leisen Antriebstechnologien.

Um den Umweltverbund weiter zu stärken, werden wir etablierte Maßnahmen fortsetzen und ausweiten, u.a. durch weiter ansteigende Mittel für unsere drei hessischen Verkehrsverbünde, die Fortsetzung und Mittelsteigerung der Nahmobilitätsrichtlinie zur Förderung von Fuß- und Radverkehr in den Kommunen oder den konsequenten Ausbau von Radwegen an Bundes- und Landesstraßen. Hier wollen wir in der nächsten Legislaturperiode mindestens 250 Kilometer baulich getrennte Radwege an Bundes- und Landesstraßen realisieren sowie die Umsetzung von mindestens zehn Radschnellverbindungen auf den Weg bringen. Mit der Aufstockung des Personals für Radverkehr bei Hessen Mobil und der Dringlichkeitsbewertung für Radwege an Bundes- und Landesstraßen haben wir dafür die Voraussetzungen geschaffen. Auch werden wir gemeinsam mit dem Bund und weiteren Stakeholdern das Schienennetz in Hessen weiter voranbringen, allen voran den Schienenring um Frankfurt und weitere über ganz Hessen verteilte Projekte des Schienenprogramms FRMplus, für das in den nächsten Jahrzehnten rund 20 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Auch Reaktivierungsvorhaben begrüßen und unterstützen wir.

Zur Ausweitung klima- und umweltfreundlicher Antriebe wollen wir die Infrastruktur dafür schaffen, dass Kraftfahrzeuge elektrisch unterwegs sein können und damit auch Lärm und Feinstaub reduzieren. Mit einer Ladeinfrastruktur-Offensive werden wir ein flächendeckendes und einfach zugängliches Ladesäulennetz fördern. Zudem wollen wir den Güterverkehr auf die Schiene verlagern, dafür fördern wir bereits Gleisanschlüsse für Unternehmen und unterstützen dort, wo es als Land möglich ist, den Ausbau des Schienennetzes für Güterverkehr und die Schaffung von Umschlagmöglichkeiten.



Antwort SPD:

Wir wollen den Anwohnenden- und Lärmschutz deutlich verbessern. Konkrete Verkehrswende bedeutet für uns, keine neuen Autobahnprojekte anzustoßen. Mit guter Infrastruktur und einem attraktiven Angebot wollen wir den Umstieg vom Auto fördern – für Mobilität ohne Staus und mehr Lebensqualität. Für Mobilität, die den Klimaschutz aktiv unterstützt.

Die Verkehrsverbünde sollen bei einem Mobilitätswunsch innerhalb der nächsten 60 Minuten ein öffentliches Angebot in das nächste Mittelzentrum anbieten. Alle Mittelzentren sollen untereinander in einem Hessen-Takt mit einem 30-Minuten-Takt erreichbar sein. Im ÖPNV Gesetz sollen durch Qualitätskriterien klare Vorgaben für den Ausbau und den Betrieb des öffentlichen Verkehrs formuliert werden. Der Umweltverbund aus Wegen zu Fuß, per Rad und mit Bus & Bahn soll bis 2030 um 50 % in Hessen gesteigert werden.

Wir geben jedem Menschen in Hessen eine Mobilitätsgarantie. Auf Landesseite gehört dazu, dass wir, anders als CDU und Grüne, die ÖPNV-Finanzierung auskömmlich gestalten werden. In ländlichen Räumen sollte der Ausbau des ÖPNV in Randzeiten zusätzlich durch flexible Mobilitätskonzepte, den so genannten „On-Demand-Verkehren“, verbessert werden.

Den notwendigen Wandel bei den Antriebstechnologien hin zur u.a. Elektromobilität wird das Land durch Förderung der Infrastruktur stärken, insbesondere gilt dies auch an den Umsteigepunkten zum ÖPNV. Wir wollen im ländlichen Raum Bus und Bahn sowie Nahmobilität mit dem Rad und dem Pedelec fördern. Das Radwege-Netz soll konsequent ausgebaut werden. Es wird ein 5-Jahres-Landesprogramm aufgelegt, dass jede Landstraße mit einem parallelen separaten Radweg ergänzt. In jedem Landkreis soll ein Pilot-Radschnellweg (Rad-Autobahn) gebaut werden, um deren Machbarkeit in die Fläche zu bringen.

Antwort FDP:

Siehe Frage 11.



Antwort DIE LINKE:

Verkehr ist ein großes Problem für Kinder, vor allem für arme Familien, die nah an den Straßen wohnen und vor Lärm und Emissionen nicht geschützt werden. Die Förderung kollektiver Verkehrsmittel, vor allem im ländlichen Raum, und die Reaktivierung vorhandener Schienen sind konkrete Maßnahmen, die durch neue Investitionen finanziert werden können.